

Bezugspreis: Vierteljährlich 60.- M., monatlich 20.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.- M., vierteljährlich 60.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97 Expedition Moritzplatz 117 53-54

Mittwoch, den 1. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenteil: Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenspalte kostet 12.- M. 'Kleine Anzeigen' das selbstdruckte Wort 2.- M. ...

Der erweiterte Sachleistungsplan.

Das am 27. Februar paraphierte Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission bezweckt, wie WTB. mitteilt, die Zulassung feiler Verträge zwischen deutschen und alliierten Staatsangehörigen, denen dabei bezüglich aller Vertragsbestimmungen, insbesondere der Preisbildung, volle Freiheit gelassen wird, für die Durchführung der in den Anlagen II und IV des Teils VIII des Friedensvertrages vorgeschriebenen Sachleistungen. ...

Zum Abschluß von Verträgen im Sinne des Abkommens sind außer den natürlichen und juristischen Personen seitens der reparationsberechtigten Staaten auch die durch freien Zusammenstoß von Angehörigen desselben alliierten Staates gebildeten Gruppen, sowie die öffentlichen Verwaltungen, welche für eigenen Bedarf in der durch Gesetz oder Brauch bestimmten Form kaufen, berechtigt, deutschseits im besonderen auch die Fachverbände und die Landesaustragstellen.

Von dem freien Verkehr sind gewisse, listenmäßig bestimmte Waren ausgeschlossen, deren Ausfuhr entweder gänzlich verboten oder nur im Rahmen eines bestimmten Kontingents zugelassen ist, sowie alle Waren fremder Herkunft, soweit sie nicht auf deutschem Gebiet verarbeitet worden sind, ferner alle aus eingeführten Rohstoffen hergestellten Nahrungsmittel, schließlich Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber. ...

Die Lieferungen unterliegen der deutschen Ausfuhrkontrolle. Die ausgeführten Waren dürfen ausschließlich im Gebiete des beteiligten alliierten Staates (einschließlich seiner Domänen, Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete) verwendet

oder verarbeitet werden, so daß also für sie die Wiederausfuhr ausgeschlossen ist.

In der Veröffentlichung heißt es weiter: Die im freien Verkehr abgeschlossenen Verträge werden durch die betreffenden alliierten Regierungen der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt, die sie der deutschen Regierung mit Wirkung der vorläufigen Genehmigung zustellt. ...

Die endgültige Genehmigung des Vertrages macht die deutsche Regierung verbindlich, alle dem alliierten Staatsangehörigen gegenüber dem deutschen Staatsangehörigen auf Grund des Vertrages erwachsenden finanziellen Verpflichtungen (abgesehen von der Bezahlung für fremdländische Rohstoffe, die durch den alliierten Käufer zu erfolgen hat) zu den vereinbarten Zahlungsterminen zu übernehmen. ...

Für die alliierten Regierungen, die das im Abkommen vorgesehene Verfahren annehmen, bleibt das Recht vorbehalten, ihren Staatsangehörigen Nachlässe auf die Höhe von 1500 Goldmark zum Gegenstande haben. Eine obere Grenze ist dagegen nicht gesetzt. ...

Bessere Wirtschaft!

Die gleitende Skala als Erziehungsmittel. Von Alexander Knoll

Zur Frage der gleitenden Lohnskala möchte ich mir gestatten, auf einen Umstand hinzuweisen, der in der bisherigen Erörterung, auch in dem Artikel des Ministers Dr. Brauns, noch nicht erwähnt worden ist; ein Umstand, der meines Erachtens für die gleitende Lohnskala spricht. ...

Da dürfte es vielleicht doch ein wirksameres Erziehungsmittel sein, wenn die Herren Valutaspekulanten die unangenehmen Folgen ihres Tuns, die bisher nur die anderen zu verspüren bekamen, auch etwas an eigenen Leiden zu verspüren bekämen. ...

Aber es träte noch etwas anderes ein, was in seiner Auswirkung viel wichtiger und bedeutungsvoller werden könnte. Es ist nur ein Teil des deutschen Unternehmertums — zahlenmäßig sicher nur der kleinste Teil —, der an dieser Valutaspekulation beteiligt ist. ...

Selbständigkeitserklärung Ägyptens.

Lloyd George gab gestern im Unterhause die Erklärung ab, die englische Regierung habe seit langer Zeit anerkannt, daß das Protektorat keine befriedigende Grundlage mehr für die Beziehungen zwischen England und Ägypten bilde; deshalb habe sie sich nunmehr entschlossen, Ägypten mit einigen Einschränkungen als autonomes Gebiet zu erklären. ...

Die Unabhängigkeitserklärung enthält folgende Grundzüge:

- 1. Das Protektorat wird aufgehoben, und es steht Ägypten frei, nationale Einrichtungen zu schaffen, die den Wünschen des ägyptischen Volkes entsprechen. 2. Der Belagerungszustand wird aufgehoben, sobald ein Indemnitätsgeld angenommen ist. 3. Die folgenden vier Fragen bleiben dem Ermessen der britischen Regierung vorbehalten: a) die Sicherheit der Verbindungswege des britischen Reiches in Ägypten, b) die Verteidigung Ägyptens gegen jeden fremden Angriff ...

Ueber den Sudan gab Lloyd George folgende Erklärung ab: Die britische Regierung werde niemals zulassen, daß die dort erzielten Fortschritte und die Zukunftsaussichten des Gebietes gefährdet werden. Die Engländer hätten Millionen für dieses Land aufgewendet. ...

Die Dokumente über Ägypten umfassen 36 Aktenstücke. Das 35. Aktenstück enthält den Text der Mitteilung des Marschalls Klenau (der bisherige Gouverneur von Ägypten) an den Sultan von Ägypten, § 9 dieser Mitteilung lautet: Es besteht kein Hindernis für die sofortige Wiedereinsetzung eines ägyptischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, das

die vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung einer diplomatischen und konsularischen Vertretung Ägyptens treffen kann. In § 10 heißt es: Die Schaffung eines Parlaments, welches das Recht besitzt, die Politik und die Verwaltung einer verfassungsmäßigen und verantwortlichen Regierung zu kontrollieren, ist eine Angelegenheit, die Sache Ihrer Hoheit und des ägyptischen Volkes ist.

Südamerika und Genoa.

Paris, 1. März. (WTB.) Havas meldet, Argentinien und Brasilien hätten an Italien das Gesuchen gerichtet, zur Teilnahme an der Genueser Konferenz zugelassen zu werden. ...

Die französische Vereinigung für den Völkerbund sagt in einer Veröffentlichung, sie betrachte die Einberufung der Konferenz von Genoa als den Versuch, in Europa die Ideale des Völkerbundes zu verwirklichen. ...

Das Problem der deutschen Juden.

Vor kurzem ist im Verlag der „Neuen Freien Presse“ (Hagen i. W.) unter dem Titel „Jüdischer Antisemitismus und Arbeiterfrage“ eine Broschüre des Genossen Carl Eisfeld erschienen, die sich polemisch gegen die hier schon mehrfach besprochene Gründung eines „Verbandes nationaldeutscher Juden“ wendet, weil diese Gründung geeignet sei, der antisemitischen Bewegung Vorschub zu leisten. Der Gründer des Verbandes nationaldeutscher Juden, Herr Dr. Raumann, sendet uns hierzu eine Zuschrift, in der er beklagt, daß diese Schrift von völlig falschen Voraussetzungen über das Wesen des Verbandes ausgehe. Herr Dr. Raumann schreibt:

Der Verband nationaldeutscher Juden treibt keinerlei Politik, am wenigsten solche, die als reaktionär bezeichnet werden könnte. Er erstrebt nach § 1 seiner Satzung „ein verständnisvolles und auf gegenseitiger Achtung beruhendes Zusammenarbeiten der deutschen Volksgenossen jüdischer und nichtjüdischer Abstammung, die sich ohne Rücksicht auf ihre persönliche Stellung zu Fragen der Parteipolitik auf dem gemeinsamen Boden des deutschen Nationalgefühls und der Liebe zum deutschen Vaterland zusammenfinden“. Demgemäß gehören zu den Mitgliedern des Verbandes Angehörige der verschiedensten politischen Parteien, insbesondere auch zahlreiche Demokraten und Sozialdemokraten. Wir haben den Grundsatz der Überparteilichkeit bei jeder Gelegenheit in Wort und Schrift auf das entschiedenste betont, zuletzt in unserem Mitteilungsblatt vom Februar d. J. zuerst vor mehr als einem Jahre in den Rundschreiben, mit denen der Unterzeichnete zur Gründung des Verbandes anregte, und in einem von dem Unterzeichneten verfaßten Aufsatz „Nationalismus, Nationalgefühl und nationaldeutsche Juden“, der im April 1921 in einer sozialistischen Zeitschrift erschien. Trotz dieser unserer klaren Stellungnahme wird von Juden, die uns bekämpfen, weil ihnen ihr Judentum über das Deutschsein geht, immer wieder die Lüge von unserer „reaktionären“ Einstellung verbreitet und leider auch vielfach geglaubt. Wir bedauern es sehr das lebhafteste, daß sozialistisch gefärbte Deutsche jüdischen Glaubens, die in ihrer Auffassung des echten, mit Nationalismus in keiner Weise identischen Nationalgefühls zu uns gehören, sich durch diese Treibereien abhalten lassen, unserem Verbande beizutreten, was gewiß das beste Mittel gegen „reaktionäre“ Entgegnungen wäre. Und wir bedauern nicht minder, daß nichtjüdische Sozialisten sich ebenfalls irreführen lassen und Bestrebungen bekämpfen, die als ein Schritt auf dem Wege zu wahrer deutscher Volksgemeinschaft jedem klarschauenden Sozialdemokraten sympathisch sein müßten.

Der Verband des Herrn Dr. Raumann hätte sich nach unserer Ansicht manches Mißverständnis ersparen können, wenn er in seiner Agitation mit weniger Entgleisungen gearbeitet hätte. So scheint uns der von Herrn Dr. Raumann auch in diesem Briefe wieder erhobene Vorwurf gegen die Juden, denen „Ihr Judentum über das Deutschsein geht“, durchaus geeignet zu sein, völlig falsche Vorstellungen über die Denkweise der großen Mehrheit der deutschen Juden zu erwecken und dadurch in der Tat antisemitischen Verbehungen Vorschub zu leisten. Wenn Herr Dr. Raumann seine Worte auf die Gruppe der Zionisten beschränken würde, so könnte man ihnen eine gewisse Berechtigung zuerkennen. Aber wie die Schriften des Verbandes nationaldeutscher Juden ergeben, bezieht sich dieser Vorwurf viel weniger auf die Zionisten, als auf die von Dr. Raumann so beifüllte „Zwischenschicht“. Damit meint Dr. Raumann z. B. den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Daß dieser sich gegen solche Verdächtigungen zur Wehr setzt, kann man ihm nicht verübeln.

Für uns Sozialdemokraten liegt allerdings das Problem ganz anders als für Dr. Raumann wie auch für seine Gegner, weshalb wir auch die Tendenz der Eisfeldschen Broschüre nicht voll zu billigen vermögen. Als Sozialdemokraten betrachten wir die Politik unter dem Gesichtspunkt der materialistischen Weltanschauung, d. h. der Klassegegensätze, und nicht der rassenmäßigen Verschiedenheit der Einzelindividuen. Wir haben hier schon einmal ausgeführt, daß wir es ganz verständlich finden, wenn ein Teil der deutschen Juden nach seiner materiellen Lage innerlich rechts gerichtet ist, und daß wahrscheinlich weit mehr deutsche Juden den Rechtsparteien angehören würden, wenn sie nicht durch deren Antisemitismus künstlich abgestoßen

würden. Natürlich werden wir eine Organisation rechtsgerichteter Juden wie jede andere rechtsgerichtete Organisation bekämpfen, aber nicht, weil sie aus Juden besteht, sondern wegen ihrer sachlichen Ziele. Aus unserer Auffassung heraus glauben wir auch ebenso wenig an die von Raumann propagierte „Volksgemeinschaft“ von rechts bis links wie daran, daß seine Behauptung von „zahlreichen“ Sozialdemokraten, die seinem Verband angehören sollen, zutrifft. Für den Sozialdemokraten ist die Volksgemeinschaft aller Arbeitenden, Schaffenden und Strebenden ohne Unterschied der Rasse und des Glaubens die Sozialdemokratische Partei.

Herrscherhaus G. m. b. H.

Auf eine originelle Idee sind die ehemals in Sachsen regierenden Wettiner verfallen. Bekanntlich hatten die regierenden Häuser bis zur Revolution eigene Hausgesetze, durch die sie ihre Familienangelegenheiten in persönlicher und vermögensrechtlicher Beziehung nach eigenem Gutdünken regeln konnten, ohne auf die allgemeinen Vorschriften der bürgerlichen Gesetze Rücksicht nehmen zu müssen. Durch die Revolution sind mit dem übrigen monarchischen Plunder auch diese Familiengesetze verschwunden. Die Wettiner suchten sich nun, wie das „S. L.“ meldet, einen Rest der früheren Herrlichkeit zu retten, indem sie ihre Familie als gerichtlich eingetragenem Verein etabliert haben. Was früher Hausgesetz war, wird jetzt Vereinsstatut. So soll beispielsweise die Ehe für die „Vereinsmitglieder“ nur zulässig sein bei kirchlicher Trauung und Billigung des „Vorstandes“, der kein anderer als der ehemalige „Gegen“ Friedrich August ist. Natürlich ist diese Vorschrift rechtswirksam, da sie im Widerspruch zum BGB. steht.

Uebrigens halten wir die Form des eingetragenen Vereins für unpraktisch. Viel besser als ein Wettin G. m. b. H. wäre eine Wettin G. m. b. H. Denn es hat sich gezeigt, daß die Monarchen für die Folgen ihrer Handlungen nur in beschränktem Maße zu haften gewillt sind. Das beweist nicht nur die Flucht des letzten hohenzollern, sondern auch der klassische Ausspruch, mit dem der letzte Wettiner den Thron verließ: „Au, meegen se ich ihren Dred afkeene machen.“

Ein seltsamer Regierungsrat.

Eine parlamentarische Anfrage des Genossen Giebel an die Reichsregierung geht von folgendem Tatbestand aus:

Sein „Treuhand“ für das feindliche Vermögen“ ist der frühere Rechtsanwält, jetzige Regierungsrat Helfst angestellt. Seine Anstellung, zunächst als Vertragsausgestellter, erfolgte Anfang 1921, obwohl dieser Beamte, der bis dahin Vorsteher eines Berliner Wohnungsamts gewesen ist, wegen dienstlicher Vergehen (Bestechlichkeit) vom Zentralwohnungsamt seinerzeit, also vor etwa 2 Jahren, des Amtes entbunden worden ist. Wegen dieser dienstlichen Vergehen ist Regierungsrat Helfst laut Zeitungsnachrichten vor einiger Zeit zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Seine Beförderung zum Regierungsrat soll gegen den Einspruch des Reichsministers für Wiederaufbau erfolgt sein. Im Stapp-Putsch demonstrierte Helfst für das Gelingen dieses Hochverrats, indem er während der Putschtage im Dienste die frühere Offiziersuniform trug. Im erwähnten Strafverfahren verteidigte Helfst u. a. sich damit, daß, wenn er sich bereichern wollte, er in seiner dienstlichen Stellung beim „Treuhand“ für das feindliche Vermögen“ hierfür genügend Gelegenheiten hätte.

Aus dem weiteren Wortlaut der Anfrage geht dann noch hervor, daß beim „Treuhand“ für das feindliche Vermögen“ auch ein Affessor Dr. Schlang besetzt ist, der in- und außerhalb des Dienstes fast täglich laut und offen auf die „Judenregierung“ des Reichs schimpft. Genosse Giebel wünscht Auskunft darüber, auf wessen Beförderung Helfst zum Regierungsrat befördert worden ist, ob vor dieser Ernennung beim Wohnungsamt Berlin über Helfst dienstliche Vergehen nachgefragt worden ist, ob beim „Treuhand“ Maßnahmen gegen die Möglichkeit persönlicher Bereicherung getroffen sind, und ob Personen mit derartig gefährlicher Bestimmung gegen die Republik wie Helfst und a. Schlang im Dienst bleiben können. Eine baldige Klärung der Angelegenheit scheint allerdings dringend geboten.

Das Neue von den Duchoborzen.

Die Seltsamkeiten der Duchoborzen, dieser merkwürdigen russischen Sekte, haben ihren Aufbruch in die ganze Welt getragen und seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts immer wieder die Aufmerksamkeit auf sie gelenkt. Zunächst waren es die Unterdrückungen durch die Zarenherrschaft, die die Entrüstung der zivilisierten Welt erregten. Während die Vauern durch die Verfolgungen von dem Glauben abgebracht wurden, wurde der größere Teil der Duchoborzen nur noch in seinen Anschauungen bestärkt, und die alte Lehre wurde bis in alle Einzelheiten aufrechterhalten. Die Duchoborzen verteilten ihr Eigentum untereinander, entkamen dem Genuß von Fleisch, Wein und Tabak und erneuerten ihre Gelübnisse, sich durch nichts von der Befolgung ihrer Gebote ablassen zu lassen. Daraufhin wurden aber die Unterdrückungen nur noch schlimmer, so daß viele als Märtyrer ihres Glaubens starben. Tolstoi rief damals in ergreifenden Worten alle Menschenfreunde in der ganzen Welt zu ihrer Hilfe auf; es wurden Mittel für sie gesammelt und Petitionen an den Zaren gesandt. Schließlich wurde ihnen gestattet, aus dem russischen Reich auszuwandern.

Infolge dieser Erlaubnis kamen etwa 8000 Duchoborzen nach Kanada. Sie gründeten eine gutarbeitende Ziegelei zu Jocktown im Jahre 1907, und ein Teil von ihnen wurde festhaft und gab so manches von den ergötterlichen Sitten auf. Keine Trupps aber führten ein Wanderleben nach Art der Nomaden und machten der kanadischen Regierung viel Kopfschmerzen. Diese Trupps der wandernden Duchoborzen wurden im Jahre 1919 vermehrt, als eine größere Zahl von ihnen freiwillig ihren Landbesitz zugunsten zurückgekehrter Soldaten aufgab und sich westwärts wandte. Von dem Führer dieser westlichen Duchoborzen, die in den weiten Steppen herumzogen, erreichte uns nun eine neue und sehr aufsehenerregende Kundgebung. Die Wanderduchoborzen finden die Last der Steuern, die ihnen auferlegt worden ist, so schwer, daß sie erklären, sie würden diese Bürde selbst erdulden, indem sie ihre kleinen Kinder sowie die schwachen und alten Leute in den Calomel-Arzt werfen. Das Ultimatum, das ihr Führer der kanadischen Regierung gestellt hat, bringt diese in eine unangenehme Lage. Den Duchoborzen ist alles zuzutrauen; auch ein Massenmord ihrer Kinder und Greise. Eine derartige grausame Tat kann aber keine Regierung zulassen. Jedenfalls ist es den Duchoborzen auf diese Weise gelungen, die Aufmerksamkeit auf die Steuerlasten zu richten, mit denen sie geplagt sind.

Gefährliche Abenteuer. Gefährliche Abenteuer, die Kaiser bei dem Studium eigenartiger Rassen zu bestehen hatten, werden in einer englischen Zeitschrift mitgeteilt. Einige Gemäße, die tatsächlich auf dem Meeresgrund gemalt wurden, gingen jüdisch in den Besitz des Fürsten von Monaco über. Der Künstler Jorah Britford war schon als Knabe ein vorzüglicher Taucher, doch er einige Zeit unter Wasser bleiben konnte. So sah er eine lebhafte Verstecke für die Wunder, die sich unter der Meeresoberfläche dorbieten. Er dachte sich einen besonderen Apparat aus, der es ihm möglich machte, in vollkommener Taucherkleidung 16-34 Fuß tief unter den Meerespiegel herabzusteigen und dort auf dem Meeresgrund ruhig seine Staffeln aufzustellen, um Unterwasserfotos zu machen. Er benutzte dazu die Deckfarben, die bei der Berührung mit dem Wasser nicht auslaufen. Auf diese Weise hat

Ein bescheidener Heimkrieger.

Anlässlich der Beratung des Landwirtschaftsministeriums im preußischen Hauptausschuß machte Genosse Weber Mitteilungen über die Belieferung des ehemaligen Direktors in der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Geisenheim, Worchmann, mit Anstaltsprodukten. Der Herr Worchmann gab schon einmal zu einer kleinen Anfrage Anlaß, deren Beantwortung nach den Feststellungen des Genossen Weber falsch war. In Wirklichkeit hat Worchmann, nach einem Lieferzettel, der in dem Speiseschrank der Frau Worchmann gefunden wurde, während des Krieges unter anderem folgende Lebensmittel auf Kosten der Lehranstalt bezogen:

Lieferzettel:
17. 9. 1917.

Obstkonserven.	Gemüsekonserven.
20 Bäckchen Meinelanden N.	15 Bäckchen Erbsen G.
30 Bäckchen Birich P. P.	3 Glas Erbsen
37 Bäckchen Stachelbeeren St.	7 Bäckchen Erbsen
14 Glas Stachelbeeren St.	15 Bäckchen Bohnen Schnitt S. B.
6 Bäckchen Stachelbeeren	5 Bäckchen Bohnen Schnitt
6 Glas Aprikosen	12 Bäckchen Bohnen Eruch V.
80 Bäckchen Aprikosen K. & Lu.	20 Bäckchen Bohnen
20 Bäckchen Kirichen K. S.	14 Bäckchen Spargel
24 Glas Kirichen	4 Glas Stangenpargel
5 Bäckchen Kirichen	7 Glas Melonen
20 Glas Kirichen	8 Glas Ababarber
20 Bäckchen Birnen G. B. J.	40 Bäckchen Tomatenmark
20 Glas Birnen	
48 Bäckchen Mirabellen R.	
21 Glas Mirabellen	
6 Bäckchen Erdbeeren	
22 Glas Erdbeeren	
2 Bäckchen Pfäumen	
14 Bäckchen Lunstweischen	
4 Glas Zwetischen	
3 Bäckchen Johannisbeeren	
13 Bäckchen Zwetschenmark	

Marmeladen.
5 Eimer gemischte Marmelade
4 Töpfe gemischte Marmelade
3 Töpfe Erdbeermarmelade
5 Eimer Mirabellermarmelade
18 Glas Erdbeermarmelade
19 Glas Aprikosenmarmelade
16 Glas Hagebuttenmarmelade.
(Wo bleibt die Rüben- und Rostkohlmarmelade?)
Man sieht, Herr Worchmann hat nicht gearbeitet, während der große Teil des deutschen Volkes sich mit Dürre und dergleichen mehr jahrelang zufrieden geben mußte. Nachdem die vorstehenden Feststellungen gemacht worden sind, erwarten wir von der preußischen Regierung, daß sie nachträglich noch gegen den vergangenen Direktor der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Geisenheim eintritt.

Der oberschlesische Vertrag.

Schwierige Redaktion des Textes.

Genf, 1. März. (WTB.) Die Abfassung des Vertragsartikels macht sich die Fortschritte, stellt aber noch die größten Anforderungen an die von Holländer geleitete gemischte Redaktionskommission, vor allem an die deutsche Abordnung, die trotz ihres Wunsches, mit Rücksicht auf die Spannung in Oberschlesien möglichst schnell zum Abschluß zu gelangen, sich nicht den schwierigen Redaktionsarbeiten entziehen kann, die sich allein aus der rein technischen Ausarbeitung des Vertrages ergeben. Der künftige Vertrag dürfte in der Tat in seiner Art ziemlich streizzeitig dastehen, da er mit seinen 500 Artikeln Verhältnissen Rechnung trägt, die durchaus neuartig sind. Er stellt infolgedessen Rechtsbegriffe auf, für die auch die französische Rechtsterminologie oft keine entsprechenden Wendungen bietet, und macht daher die Herstellung des möglichen amtlichen französischen Textes auf Grund der vorliegenden deutschsprachigen Vorentwürfe außerordentlich schwierig.

Das Versicherungsgesetz im RWR. Am Donnerstag, den 9. März, tritt, wie die WTR hören, der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats zu seiner nächsten Sitzung zusammen, um die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte fortzusetzen.

er die Korallenriffe der Südbsee unter Wasser gemalt, und er blieb bei dieser Arbeit etwa eine halbe Stunde unten. Fühlte er dann den Druck des Wassers zu stark und die Kälte machte sich unangenehm bemerkbar, so ließ er seine Molatensilien, wo sie waren, liegen an die Oberfläche empor, und kehrte am nächsten Tage zurück, um seine Arbeit ohne Behinderung fortzusetzen.

Ein französischer Maler, der der Kette des Besitzers des Observatoriums in der Nähe des Gipfels des Mont Blanc war, malte in dieser gewaltigen Höhe das Bildnis einer Dame, die durchaus auf dem Gipfel des Mont Blanc verewigt werden wollte. Maler und Modell waren in dicke Pelze gehüllt, und der Künstler arbeitete in dicken wollebenen Handschuhen. Mehrmals wurden die Sitzungen durch fürchterliche Schneestürme unterbrochen, vor denen sie in die Hütte flüchten mußten. Unter sehr schwierigen und gefährlichen Umständen wurden auch verschiedene Bilder des Südpolarreises gemalt. Ein Maler, der an einer antarktischen Forschungsreise teilnahm, wollte mit seiner Kunst die Farbenwunder der „Aurora borealis“ festhalten, der Farbenbrechungen auf den riesigen Eisbergen, und er malte deshalb auf Treibeis stehend und wurde während seiner Arbeit öfters von schwimmenden Eisbergen beunruhigt.

Neues über die Lepra. Die Erfahrungen, die Professor Jose Albert in der großen Lepra-Kolonie auf den Philippinen gemacht hat, geben neue Aufschlüsse über die bisher so rätselhafte Krankheit. Wie in der Münchener Medizinischen Wochenschrift berichtet wird, wurden in diese Kolonie in den letzten 15 Jahren 13 000 Leprosranke aufgenommen und unter sicheren Bedingungen isoliert. Es ist aber damit kein Erfolg erzielt worden. Nach Alberts Angaben ist eine Absonderung nur erforderlich bei Fällen mit offenen Wunden, und auch hier ist die Ansteckungsgefahr bei Beobachtung der üblichen hygienischen Maßnahmen gering. Nur in 5 Proz. aller Erkrankungen ist die Ursache in direkter Übertragung zu suchen. Die strenge Isolierung der Leprosranke führt zur Vernachlässigung der wichtigeren allgemeinen sanitären Maßregeln. Jedenfalls ist es notwendig, die ganze Frage der Übertragbarkeit der Lepra von neuem sorgfältig zu studieren, da die bisherigen Annahmen noch den in den Kolonien gemachten Erfahrungen nicht zutreffen.

Wenig angekränkt vom Geiste der Zeit ist Kirchners bekanntes Jahrbuch für 1922. Dieses Nachfolgewerk, das sich nach immer Welt- und Zeitspiegel nennt, bringt in seinem 356 Seiten starken Inhalt nicht weniger als 31 Seiten über die Genealogie regierender und entronnter Fürstenthümer. Für ziemlich jedes Land — bis zum legendären Königreich Hedschas — ist der Name des jeweiligen Staatsoberhauptes angegeben; nur für das Deutsche Reich fehlt er. Ob man sich des Sozialdemokraten und ehemaligen Stollers Fritz Ebert schämt? An einer verstellten Stelle, wo er weniger in die Augen fällt und wo man ihn kaum sucht, findet man ihn schließlich. Auch sonst ist das Nachschlage- und Informationsmaterial diesmal recht dürftig. Für eine Jubiläumsausgabe ist der Inhalt, trotz der etwas schwülstigen Vorrede, nicht gerade übermäßig erheben geworden.

Spezialänderung. In den Kammerspielen des Deutschen Theaters gelangt Freitag und Sonntag Schillers „Kunatol“ zur Aufführung.

Mütter.

„Was sagen Sie zu der Person, die ihr Kind vergiftet hat?“
„Ist man gut, daß wenigstens sie noch lebt. Jetzt kann man es ihr aber geben. Sie wird 'n Kopf kürzer, selbstverständlich!“
„Meinen Sie? Sie soll doch fast geköpft sein vom Gas. Hatte nichts mehr zu essen; wollte Schluck machen. Der Mann ist ihr auch weggegangen!“
„Daran sehen Sie, was es für eine M. Nicht mal der Mann hält es aus. Weshalb hat sie nicht gearbeitet? Da dürfen die Richter nicht weich sein!“
„Wird man sie wirklich köpfen? Vielleicht hat sie gearbeitet, bloß nichts richtig verdient!“
„Wer sein Kind vergiftet, ein unschuldiges Ding, muß geköpft werden. Langsam zu Tode seilern müßte man sie. Sowas gibt's ja leider heute nicht mehr!“
„Schredlich! — Aber Sie mögen recht haben. Werden ja sehen. Wozu singt der Prosz? — Uebrigens, da wir gerade von Kindern reden: wie geht's Ihrer Coste. Sie hatte es doch mit den Zähnen?“
„Ja, einen etwas vorstehenden Oberkiefer. Ich ließ ihn ihr wegnehmen, weil das nicht schön aussieht!“
„Kann man das?“
„Gewiß doch! Sie trägt jetzt vier Wochen eine goldene Kammer, die drückt den Kiefer zurück!“
„Tut das nicht weh?“
„Und wie! Ich bin ganz unglücklich. Sie kann auch nichts richtiges essen. Am schlimmsten ist, wenn ich mit ihr zum Doktor muß. Die Kammer wird jede Woche fester gezogen. Das arme Kind! Aber es muß doch sein. Man möchte sie doch nicht so rumlaufen lassen!“
„Ja eben! Ich muß mit meiner Elly auch zum Doktor. Sie hat doch eine Hängeschütter. Reizlich minimal. Man sieht es gar nicht. Aber mich für's. Der Doktor meint, es läßt sich ganz leicht machen. Alle zwei Tage geht sie hin, da wird sie gestreckt. Auf so einer Schiene mit Schnallen. Ein bravos Kind aber. Läßt sich lieber Tränen kommen, als daß sie weint. Ich kann es nicht mit ansehen. Aber was tut man nicht für seine Kinder.“
„Gewiß, natürlich! Und so eine vergiftet ihres. Ich möchte eigentlich hingehen. Das muß man doch sehen. Eine Kinder-mörderin! Wollen wir hingehen?“
„Ich muß ja eigentlich mit Elly zum Streden. Aber — — doch, ich komme mit. Ich schicke das Mädchen mit dem Kind zum Doktor. Mich greift es sowieso sehr an.“
„Sie müssen sich doch auch was gönnen. Und da muß man bei sein als Mutter, wenn eine Kindesmörderin verurteilt wird. Der muß man zeigen, wie wir Mütter über so eine denken!“ B. R.

An der heutigen Berliner Börse zeigten die Devisenkurse im Vergleich zu gestern keine nennenswerte Veränderung. Das Geschäft ist augenblicklich sehr still. Dollarnoten wurden um die Mittagsstunde mit 226 gehandelt. Am Effektenmarkt ist die Tendenz bei lebhafteren Umständen still.

Krieg oder Frieden im Baugewerbe.

Hamburg, den 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Zentrale Verhandlungen über die Erneuerung des am 31. März ablaufenden Reichs-Tarifvertrages für das Baugewerbe, die am 9. Januar begannen und am 21. Februar fortgesetzt wurden, haben sich zerschlagen. Vorschläge der Unternehmerverbände des Deutschen Arbeitgeberbundes des Baugewerbes und der neu errichteten Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen, die sie besonders hinsichtlich der Arbeitszeit, der Arbeitslöhne und der Urlaubslöhne gemacht haben, sind für die baugewerbliche Arbeiterschaft fast unannehmbar. Die Unternehmerverbände wollen die kürzere Winterarbeit im Baugewerbe durch eine verlängerte Sommerarbeitszeit ausgleichen, ein Vorschlag, der einer Aufhebung des Achtstundentages gleichkommt. Ferner wollen sie die Stundenlöhne nach Altersgruppen stufen und außerdem einen Arbeitslohn eingeführt wissen, der die Organisationsausfälle und die tariflichen Lohnregelungen einfach aufhebt. Bornehmlich sind diese Vorschläge, die zu einem Abbruch der Verhandlungen geführt haben. Die baugewerblichen Arbeiter werden sich, falls nicht vor dem 31. März eine Aenderung der Stellungnahme der Unternehmerverbände eintritt, auf eine tariflose Zeit einrichten. Schwere Kämpfe im Baugewerbe, deren Umfang und Ausdehnung noch gar nicht abzusehen sind, werden wohl kaum ausbleiben. Die Verantwortung fällt den Unternehmerverbänden zu, die anscheinend die Zeit zu einem Vorstoß gegen die baugewerblichen Arbeiter für gekommen erachten. Dagegen werden sich diese jedoch zu wehren wissen.

Die Deutschehefte in Frankreich.

Paris, 1. März. (E.P.) Im „Journal“ veröffentlicht André Lesfère einen Artikel über die angeblichen geheimen Rüstungen Deutschlands, den er wie folgt schließt: „Es gibt Leute, die zweifeln oder so sprechen, als ob sie zweifeln würden und aufreizende Beiträge halten. Warum sich so viele Illusionen über Deutschland machen, wenn die Tatsachen so deutlich sprechen?“ Der „Radikal“ veröffentlicht einen ähnlichen Artikel, in dem es u. a. heißt: „In allen Sportgesellschaften bereitet man einen nächsten Krieg vor. Unter dem Deckmantel des Sportes werden die Offiziere ausgebildet, die nach dem Versailler Vertrag nicht anderswo ausgebildet werden dürfen.“

Entwaffnungsdebatte in der Kammer.

Paris, 1. März. (M.T.B.) In der gestrigen Kammer Sitzung wurde die Besprechung des Gesetzesentwurfs betr. Rekrutierung des französischen Heeres eröffnet. In der Debatte ergriff zuerst der Berichterstatter Fabry das Wort zu einer eingehenden Begründung. Nach seiner Ansicht gibt es a priori in der französischen Kammer keine Anhänger der Dienstzeit von 18 Monaten oder der Dienstzeit von einjähriger Dauer. Alle Kammermitglieder seien Anhänger der kürzesten Dienstzeit, die möglich sei. Die Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr sei gewissen politischen Bedingungen untergeordnet, die die Regierung und das Parlament stellen müssten, so u. a. der Organisation einer rändigen Kontrolle in Deutschland, der Schaffung eines neuen Schutzvertrages, der Vorbereitung von Desarmationsmitteln für den Völkerverbund. Der Heeresauschuss sei der Ansicht, daß

Die 18 monatige Dienstzeit notwendig

sei eben wegen der politischen und technischen Bedingungen, die noch nicht erfüllt seien, die jedoch hoffentlich im Jahre 1925 verwirklicht sein würden. Der Berichterstatter trat alsdann den vielfach falschen Auslegungen entgegen, die im Ausland den Worten „Sicherheit und Entwaffnung“ gegeben würden. Diese Begriffe seien nicht die gleichen in Frankreich, in England und in den Vereinigten Staaten. Frankreich bereite nicht den Krieg vor, es treffe nur Vorsichtsmaßnahmen. Die Sicherheit eines Landes beruhe auf der Unverletzlichkeit seines Bodens. Zwischen der Lage vor 1914 und der heutigen Lage sei ein großer Unterschied. Vor dem Kriege habe Frankreich niemals die gleichen Anstrengungen wie Deutschland machen können, jetzt aber seien die Bedingungen günstiger, so daß die deutsche Bedrohung nur in dem Maße gefährlich werden könne, in dem Frankreich sie gefährlich werden lasse.

Die materielle Entwaffnung Deutschlands

In bezug auf seine Kriegsmittel sei durch die Kommission Kollé in befriedigender Weise durchgeführt worden. Sie werde es bleiben, solange die internationalisierte Kontrolle ständig ausgeführt werden könne. Allerdings gebe es noch viele verdeckte Waffen in Deutschland. Der Berichterstatter sprach alsdann von der industriellen Mobilisierung Deutschlands, die nach seiner Ansicht organisiert bleibt. Die chemischen Fabriken bedeuteten eine gefährliche Waffe, jedoch sei es gut, daß 80 Proz. dieser Industrie auf dem linken Rheinufer gelegen seien. Man könne also eine ständige direkte Kontrolle ausüben. Es seien aber Anzeichen vorhanden, daß die Deutschen sich bemühten, auf dem rechten Rheinufer Fabriken dieser Art zu schaffen. Die deutsche Zivilflugzeugindustrie werde sich nun aufs neue entwickeln können. Hier sei die Verantwortlichkeit der Alliierten direkt engagiert, und die Notwendigkeit einer ständigen strengen Überwachung könne nicht abgelehnt werden. Der Berichterstatter sprach alsdann von den deutschen Hochschulen, den deutschen Beamten, den deutschen Richtern und von dem Deutschland, dem auch das Heer angehöre. Dieses Deutschland in Verbindung mit der Schwerindustrie bilde das Deutschland, das den Krieg handelt. Es predige den Hof gegen Frankreich und die Spanische. Stinnes und Ludendorff seien seine effizientesten Vertreter. Es gebe auch ein anderes Deutschland, von dem hauptsächlich in den arbeitenden Klassen gesprochen werde. Aber diese Leute würden selbst zugestehen, wenn man sie fragte, daß sie gegenüber den ersteren ohnmächtig bleiben. Redner versucht alsdann zu beweisen, daß Deutschland alle Anstrengungen mache, um eine

Organisation zu rascher Mobilisierung

zu erhalten, also Reserven instruierter Mannschaften und eine Reserve an Cadres. In Verbindung damit bespricht er die Organisation der Reichswehr, der Schutzpolizei und der Technischen Hilfswilligen. Die letztere nennt er den organisierten Flügel der Verwaltung, Wirtschafts- und Industriemobilisierung. So verfüge Deutschland über wenigstens 250 000 Mann hervorragender Cadres, von denen 100 000 Mann in der außerordentlich vervollkommenen Reserve und 150 000 in Formationen eingesetzt seien, die für eine rasche Mobilisierung ausgerüstet würden. Diese Bedrohung entspreche keineswegs der, die entstehen würde, wenn der Friedensvertrag nicht ausgeschrieben würde. Also müsse ständige kontrolliert werden, und man müsse eine Politik auf lange Sicht betreiben. Der Abg. Fabry weist alsdann auf die unsichere Lage Polens hin, das zwischen Deutschland und Rußland einer Gefahr ausgesetzt sei und das sich noch nicht an die kleine Entente durch eine Militärkonvention gebunden habe. Das Gleichgewicht in Mitteleuropa könne nicht gestört werden, solange Frankreich am Rhein stehe und gegenüber Deutschland eine genügend starke Militärmacht besitze. So bleibe die Notwendigkeit eines starken Heeres auch in Friedenszeiten.

Die Not der Berliner Schulen.

Am gestrigen Tage hat zwischen Vertretern der Berliner Elternschaft und Professor Helmke von der Schuldeputation eine Besprechung stattgefunden, deren Zweck es war, eine Revision der Schulbücher, die in den Berliner Gemeindschulen im Gebrauch sind, zu verlangen. In einigen dieser Schulbücher befinden sich Erzählungen, die sich mit den Hohenzollern und der Person des früheren Kaisers beschäftigen, und die das Mißfallen sozialistischer Eltern erregt haben. Der Vertreter des Oberstadtschulrates Dr. Paulsen teilte mit, daß die Stadt Berlin eine Aenderung der Lehrbücher nicht vornehmen könne, sondern dazu der Einwilligung des zuständigen Ministeriums bedürfe.

Bei dieser Besprechung kamen dann sehr lebhaft Klagen über die Not der Berliner Schulen zutage. Es stellte sich heraus, daß im allgemeinen die Not der städtischen Gemeinde- und auch der höheren Schulen einen Grad erreicht hat, der außerordentlich bedenklich erscheinen muß. So wurde u. a. zur Sprache gebracht, daß einzelne Schulen jährlich nur 800 bis 1000 M. zur Beschaffung von Lehrmitteln für den Physiksaal, für Beschaffung von Kreide, Schwämmen und Schulstühlen erhalten. Die bewilligten Summen seien bei der heutigen Teuerung so gering, daß die Schulen für die ärmsten Kinder nicht entfernt soviel Schreibhefte beschaffen können, als benötigt werden. In einer ganzen Anzahl von Gemeindschulen liegen die Dinge so, daß bereits die für das Winterhalbjahr beschafften Schulhefte für diejenigen Kinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, Material zu kaufen, ausgegangen sind, und daß in vielen Fällen die Kinder nun nicht mehr in der Lage sind, dem Unterricht so zu folgen, wie die eltslicheren Klassengenossen, deren Eltern Lehrmaterial aus eigenen Mitteln beschaffen. Die Dinge liegen heute so, daß Schulleiter und Lehrer auf die Willkür Dritter angewiesen sind und durch Schenkungen ihren Schülern Lehrmittel anzuschaffen trachten. In sehr vielen Fällen müssen Lehrer und Lehrerinnen, wenn sie den Unterricht ausüben wollen, aus eigenen Mitteln Kreide, Schwämme, Zeigetafel usw. beschaffen. Die Elternvertreter machten den Vorschlag, daß die Schulleitungen in Zukunft das in den Papierkörben sich ansammelnde Altpapier verwerten und die hieraus erzielten Gelder zum Ankauf von Lehrbüchern usw. verwenden sollen.

Blankoschecks und Gummistempel.

Aus dem Tagebuch einer Scheckwindlerbande.

Ein Mitglied einer großen Hochstapler- und Scheckwindlerbande, die schon oft die Kriminalbehörden verschiedener Länder beschäftigt wurde, wurde gestern in einem gewissen Alexander Jariney von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen.

Jariney gehörte zu der berühmtesten Bande, an deren Spitze früher ein ungarischer Goldschmied stand. Goldschmied, der sich für einen ungarischen Magnaten ausgab und auf seinen Schwindeln stets von mehreren Personen begleitet war, die seine Privatsekretäre spielten, wurde im Frühjahr 1920 von der Kriminalpolizei verhaftet. Im Laufe der Zeit gelangten dann noch viele Verhaftungen von Bandenmitgliedern in Genou und anderen Städten des Auslandes und auch in Berlin. Nach der Verhaftung Goldschmieds, der sich auch politisch betätigt haben soll, hatte sich ein gewisser Paul Bonnes, der als russischer Baron auftrat, an die Spitze der „ungruppierten“ Bande gestellt. Er wurde damals mit seinem „Privatsekretär“ Gorgan Maddan in dem Pensionat der polnischen Baronin Frau Magna von Schluga in der Brandenburgischen Straße ermittelt und festgenommen. Hier hatte auch Jariney wieder Zuflucht gesucht. Jariney stammt aus einer ungarischen Familie, gehörte aber schon seit langer Zeit der Scheckwindlerbande an, in der er u. a. den Namen Alex von Mathe de Matieszalka führte. Unter diesem Namen war er mit mehreren Spießgesellen, die sich ebenfalls ungarische adelige Namen beilegte, auch in Hamburg aufgetreten. Die Bande fertigte ganze Scheckauf Banken an, die es zurzeit gar nicht gibt und die besonders ihren Sitz in amerikanischen Städten, Boston, Chicago usw. haben sollten. Mit diesen Schecks bezahlten die Hochstapler, die in allen Hauptstädten auf großem Fuße lebten, nicht nur ihre beträchtlichen Hotelrechnungen, sondern auch Brillanten und andere wertvolle Waren, die sie einkauften und wieder zu Geld machten. Wie die anderen Bandenmitglieder, so führten im vergangenen Jahre auch Bonnes und Maddan in den Hotels und Pensionaten nur wenig Gepäck mit sich. Die Hauptkoffer ließen sie auf dem Bahnhof stehen und in ihnen fanden die Kriminalbeamten das wichtigste Beweismaterial, u. a. Blankoschecks und vom Holzgriff abgelöste Gummistempel, die sie in das Seidenfutter von Hüten und Krawatten eingezählt hatten. Außer den Schecks brachten die Hochstapler auch französische Assignaten, an den Mann, die sie von einer anderen Scheckwindlerbande übernommen. Die falschen Schecks lauteten auf Beträge von 3000 Dollar und mehr, so daß die Abnehmer in volautomatischen Ländern um Millionen betrogen wurden.

Die Beratung der städtischen Gewerbesteuer.

Der zur Vorbereitung der besonderen Gemeindegewerbesteuer eingesetzte Stadtvorordnetenausschuss hat gestern seine Verhandlungen fortgesetzt und bezüglich der reinen Ertragssteuer beschlossen, eine progressive Staffelung der Sätze für die höheren Erträge vorzuschlagen. Hierfür wurde nach dem Vorschlag des Magistrats der alte Entwurf A angenommen. Besondere Beratung bedarf noch die Frage, wie die Banken und Versicherungsgesellschaften zur Gemeindegewerbesteuer herangezogen werden sollen. Wegen der vom Steuerausshuss bereits beschlossenen Freilassung eines eigenen Arbeitsverdienstes des persönlich tätigen Unternehmers bis zur Höhe von 24 000 M. entspann sich eine neue Aussprache, doch blieb es bei dem ursprünglichen Beschluß. Der Steuerausshuss wird voraussichtlich in der nächsten Woche die erste Lesung abenden.

„Als Volontär nach Marokko“.

Der neueste Trick der Fremdenlegionswerber.

Von einem Werber der Fremdenlegions wurde ein Harald Wieling aus Berlin verhaftet. Der junge Mann hatte sich am Lehrter Bahnhof ausgehalten, als ein gut gekleideter Mann auf ihn zutrat und sich mit ihm in ein Gespräch einließ. Der Fremde fragte ihn, ob er Arbeit habe und als Wieling das verneinte, machte er ihm den Vorschlag, „als Volontär nach Marokko“ zu gehen. Er legte ihm auch gleich ein Schriftstück in deutscher und französischer Sprache vor und brachte den jungen Wilking dahin, daß er sich bereit erklärte, auf seinen Vorschlag einzugehen. Am 18. v. M. fuhr der Unbekannte mit Wieling nach Mühlheim a. d. R. Dort fiel der Burche einer Dame auf, die sich ihm näherte, und als sie erfuhr, was er beabsichtigte, sorgte sie dafür, daß er nach Berlin zurückfahren konnte. Der Werber, der unter falschen Vorspiegelungen junge Leute für die Fremdenlegions verführte, wird jetzt von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums gesucht. Er ist etwa 40 Jahre alt und 1,60 bis 1,65 Meter groß, hat schwarzes, gekämmtes Haar, einen starken schwarzen Schnurrbart, einen breiten Mund, eine kleine Nase und im Oberkiefer einen Goldzahn. Mitteilungen über sein Aussehen nimmt die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums im Zimmer 243 (Hausanruf 396) entgegen.

In der gestrigen Volksversammlung in Wilmersdorf, in der Genosse Seering gesprochen hatte, und über die wir im heutigen Morgenblatt berichtet haben, nahm auch Genosse Lüdemann das Wort zu einigen Ausführungen über den letzten Streik. Er legte sich zuerst mit den anwesenden Kommunisten auseinander, denen er vorwarf, daß sie mit ihren Siedrungsversuchen das Übel für die früheren reaktionären Polizeiübernahmen hätten, die eine freie politische Aussprache in Arbeiterversammlungen damals unmöglich gemacht habe. Wer heute Arbeiterversammlungen führe, der sei ein wirklicher Arbeiterverräter. (Stürmischer Beifall.) Auf die letzten Streiks eingehend, führte der Redner dann aus: „Wie in aller Welt konnte man glauben, mit derartigen Streiks den Kapitalismus zu bekämpfen? Der Eisenbahnerstreik verließ gegen die einfachsten gewerkschaftlichen Regeln. Beim Kapp-Putsch wollten wir eine gemeinsame Abwehrfront herstellen, blieben aber dabei auf den Widerstand der Kommunisten, deren Aktion erst dann begann, als der Kapp-Putsch bereits erledigt war, weil wir ihn nicht abgelehnt hatten. Das Verhalten der Kommunisten beweist jedenfalls, daß, wenn die Kommunisten einmal in Deutschland an die Macht kommen sollten, uns Schlimmeres blühen wird als in Rußland.“ (Stürmisches „Sehr richtig“ bei der Rede.)

Eine längere Straßensperrung trat heute vormittag zwischen 8 und 9 Uhr durch die Entgleisung eines Straßensperrwagens in der Westhälfte des Lindentunnels ein. Ein diesen Tunnelstrang passierender Straßensperrwagen entgleiste in der einen Kurve und sperrte hierdurch beide Weiche des Westtunnels, so daß der Verkehr nur mit erheblichen Verpätungen durch Umleitungen durch die Osthälfte des Tunnels aufrechterhalten werden konnte. Der Unfall im Lindentunnel hatte erhebliche Verkehrsstörungen zur Folge, da er gerade zur Zeit des Hauptverkehrs in den Morgenstunden eintrat. Zahlreiche Fahrgäste waren gezwungen, ihren Weg zu Fuß fortzusetzen. Erst nachdem ein Hilfsgerätewagen der Straßensperrbahn an der Unfallstelle eingetroffen war, gelang es, den verunglückten Wagen wieder flott zu machen und die Sperrung zu beseitigen.

Textilspende. Zur Linderung der in Deutschland herrschenden Mangel ist in den amerikanischen Kreisen, die sich am deutschen Hilfsverein beteiligen, eine größere Summe Geldes aufgebracht worden, das durch die amerikanischen Quäker unter Vermittlung des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandsbüros E. B. zur Verteilung gelangte. Für diese Summe sind 134 000 Paar Hemdhosen und 134 000 Paar Strümpfe eingekauft worden, von denen der Stadt Berlin, Neukölln, Lichtenberg 9000 Paar Hemdhosen und 9000 Paar Strümpfe zugeteilt werden konnten.

Delegiertenkonferenz der ehemaligen Kriegsgefangenen. Am Sonntag fand die Delegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener statt. Die Bundesleitung der genannten Organisation war durch den ersten Bundesvorsitzenden Barjanti vertreten. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Großmann, in welchem er zu Kriegsopfer- und anderen wirtschaftlichen Fragen Stellung nahm. Die Stellungnahme zu der Einigung aller Kriegsopferorganisationen, welche nur durch eine Arbeitsgemeinschaft möglich ist, sei besonders erwähnenswert. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen und alle Diskussionsredner stellten sich vollinhaltlich hinter die Ausführungen des Referenten. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es denn auch u. a., daß in der Siedlungsfrage und in anderen gemeinsamen Fragen eine Arbeitsgemeinschaft in allen Kriegsopferorganisationen herbeizuführen ist.

Die Rettungsgesellschaft der Wasserportvereine von Berlin und Umgegend hielt ihre Jahresversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht ist zu verzeichnen, daß im Jahre 1921 aus den Fluten des gefährlichen Müggelsees 66 Menschen gerettet wurden, davon allein an einem Sonntage, dem 1. Oktober, 31 Personen. Die Gesamtzahl der Geretteten seit Bestehen der Gesellschaft beträgt jetzt 296 Personen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab mit geringen Ausnahmen die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder.

Briefvermittlungszwang im Verkehr mit der Tschechoslowakei. Mit Rücksicht auf den ungünstigen Austausch der deutschen Wirt im Vergleich zur tschechoslowakischen Krone sowie wegen der Wirtschaftskrise, die durch Vermeidung ungewöhnlich zahlreicher nicht oder unzureichend freigemachter Briefsendungen nach Deutschland vorgekommen sind, hat die tschechoslowakische Postverwaltung den Briefvermittlungszwang für Briefsendungen nach Deutschland eingeführt. Die deutsche Postverwaltung hat daraufhin vom gleichen Tage an den Briefvermittlungszwang für Briefsendungen aus Deutschland nach der Tschechoslowakei angeordnet. Postkarten mit Antwort sind ebenfalls vom 27. Februar an nach der Tschechoslowakei bis auf weiteres unzulässig, weil die tschechoslowakische Postverwaltung Antwortpostkarten aus Deutschland bis auf weiteres als genügend freigemacht nicht ansieht.

Anfängerkurse in Englisch und Französisch. Anfang März beginnen namentlich die neuen Abkürzungen der Sprachschule für Proletarier für Genossen und Genossinnen ohne Vorkenntnisse. Anmeldungen: Freitag, den 3. März, abends von 5-8 Uhr und Sonntag, den 5. März, vormittags von 11-1 Uhr, in der Gemeindschule, Wilmersdorf, Straße (Nähe Rosenhofer Straße), Zimmer 9. Die Infolge des Streiks und der Kohlenkrisis unterbrochenen Kurse werden vom Mittwoch, den 1. März, ab wieder zur gewöhnlichen Zeit stattfinden.

Volksbildungsamt Reinickendorf. Am Freitag, 3. März, abends 7,8 Uhr, findet in der Aula des Gymnasiums Reinickendorf-OS der zweite Kammermusikabend (Schubert-Schumann) für den Reinickendorfer Bezirk statt.

Ältere Peter-Roegner-Vorträge veranstaltet das Bezirksjugend- und Bildungsbüro Berlin-Treptow in der Aula des Realgymnasiums Treptow, Neue Krug-Allee, am Sonntag, den 4. März, d. Ab., nachmittags 5 Uhr, für Schüler und Schülerinnen und abends 8 Uhr für Erwachsene.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise better und an Tage ziemlich mild, jedoch sehr unbeständig, mit wiederholten Regenschauern und streichen Nebelwischen Stößen.

Das Harburger Kinounfall, das sich am Totensonntag vorigen Jahres ereignete und bei dem mehrere Kinder getötet bzw. schwer verletzt wurden, fand in diesen Tagen vor der Strafkammer sein gerichtliches Nachspiel. Das Urteil lautete gegen den Vorführer Albert Voigt auf 15 Monate Gefängnis und gegen die Inhaberin des Kinos, Frau Schaffrinstoff, auf 2 Jahre Gefängnis.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis, Charlottenburg. Donnerstag, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr, Jungmännlerkonferenz im Schüler-Realgymnasium, Schillerstr. 26.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Zuschriften werden nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage läge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Stille Anfragen trägt man in der schriftlichen Sprechstunde, Lindenstr. 2, bei. 1. Post. Links, vor. Schriftliche und Beträge sind mitzubringen. M. Sch. 26. Wenden Sie sich an das Siedlungsamt, Altpfaffenstr. 24. — G. S. 100. 1. Der Tag der Austrittserklärung. 2. Bis zum 31. März 1922. — Sonntag 600. 30.

